

Antrag

der Abgeordneten Sabine Kaspereit, Dr. Mathias Schubert, Ernst Bahr, Christel Deichmann, Detlef Dzembitzki, Dr. Peter Eckardt, Rainer Fornahl, Peter Friedrich (Altenburg), Iris Gleicke, Frank Hempel, Monika Heubaum, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Ingrid Holzhüter, Renate Jäger, Dr. Uwe Küster, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Margrit Spielmann, Barbara Wittig, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Werner Schulz (Leipzig), Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zehn Jahre Einheit Deutschlands

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 3. Oktober 1990 fand der Prozess der staatlichen Vereinigung Deutschlands, der mit der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 seinen Ausgang genommen hatte, seinen Abschluss. Die Bürgerinnen und Bürger in der DDR hatten zuvor in einer friedlichen Revolution das Regime der SED beseitigt und damit auch den Weg frei gemacht für die schnelle Vereinigung Deutschlands in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat – der Verwirklichung eines Wunsches der meisten Menschen in Ost und West.

Allen Misstönen und Enttäuschungen zum Trotz ist die Entwicklung für die Deutschen in Ost und West insgesamt sehr erfolgreich verlaufen. Leistungswille, Kreativität und Flexibilität sind die Grundlagen für die großen Aufbauleistungen, die vor allem von den Menschen in den neuen Ländern in den letzten Jahren erbracht worden sind und zu einem wachsenden Selbstbewusstsein geführt haben.

Mit der bemerkenswerten Bereitschaft der Westdeutschen zur Solidarität, zur Hilfe und Engagement ist seither Vieles in den neuen Ländern auf den Weg gebracht und erreicht worden. Die weitere Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ist Bedingung für die erfolgreiche Zukunft des vereinigten Landes.

Der Lebensstandard der Ostdeutschen hat sich seit 1990 deutlich verbessert. Die Löhne und Gehälter stiegen in nur wenigen Jahren um mehr als das Doppelte, die Renten verdreifachten sich. Die verfügbaren Haushaltseinkommen sind zwischenzeitlich auf mehr als 85 Prozent des Westniveaus gestiegen. Die Infrastruktur wurde modernisiert und Staatsbetriebe wurden privatisiert. Die Investitionsquote in allen Wirtschaftsbereichen der neuen Länder liegt deutlich über derjenigen Westdeutschlands. 80 Prozent aller betrieblichen Anlagen sind neuwertig und wurden erst nach 1990 errichtet. Das Verarbeitende Gewerbe konnte in den vergangenen Jahren den Aufholprozess gegenüber der westdeutschen Industrie weiter fortsetzen.

Das westdeutsche soziale Leistungsniveau konnte weitgehend ungeschmälert auf die neuen Länder ausgedehnt werden. Bis 1999 wurden 760 000 Wohnungen neu gebaut. Mehr als die Hälfte des bestehenden Wohnungsbestandes wurde modernisiert. Die Wohneigentumsquote ist gestiegen. Die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen bekamen einen neuen Stellenwert, die Umweltbelastungen wurden deutlich abgebaut.

Ostdeutschland ist zu einem integralen Bestandteil des europäischen Binnenmarktes geworden und rückt durch die Osterweiterung der Europäischen Union in die Mitte Europas. Dadurch eröffnen sich neue Chancen. Als zentrale Region im zusammenwachsenden Europa bietet Ostdeutschland Standortvorteile für alle Unternehmen, die die Märkte in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern erschließen wollen: mit der besten Infrastruktur Europas bei den Kommunikationsnetzen, mit überregionalen Verkehrsverbindungen auf der Straße, auf der Schiene und zu Wasser, mit engagierten, kundigen, gut ausgebildeten Arbeitskräften und einer modernen Forschungs- und Technologielandschaft.

Die neuen Länder können auf wirtschaftlichem Feld eine insgesamt erfolgreiche Entwicklung verzeichnen. Es gibt gute Aussichten, dass die ostdeutsche Wirtschaft demnächst wieder schneller wächst als die westdeutsche. 1999 wuchs das Bruttoinlandsprodukt der fünf neuen Länder mit plus 1,5 % erstmals wieder gleich stark wie in Westdeutschland. In diesem Jahr wird es eine weitere Wachstumsbeschleunigung geben. Triebfeder dieser Entwicklung ist das Verarbeitende Gewerbe mit einem Produktionszuwachs in den letzten Jahren von durchschnittlich 9 %. Zugleich stieg damit der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtwirtschaftsleistung. Er liegt erstmals seit 1990 wieder höher als der Anteil der Bauwirtschaft, dem größten Wachstums- und Beschäftigungsträger der ersten Jahre. Dank dieses positiven Strukturwandels bestehen gute Aussichten, dass sich die Einkommensverhältnisse in Ost und West in den nächsten Jahren weiter angleichen werden.

Dennoch ist der wirtschaftliche Transformationsprozess in Ostdeutschland noch nicht abgeschlossen. Besonders bedrückend bleibt die hohe Arbeitslosigkeit, die im letzten Jahr doppelt so hoch war wie in Westdeutschland. Allerdings wächst die Zahl der rentablen Arbeitsplätze, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe. Die Arbeitslosigkeit ging 1999 im Durchschnitt um 2 % zurück. Erstmals in diesem Jahr ist auch eine Zunahme der betrieblichen Ausbildungsplätze zu verzeichnen.

Entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft der neuen Länder ist es, das vorhandene Leistungspotenzial zu entfalten und im Wettbewerb zur Geltung zu bringen. Im Vordergrund stehen hierbei insbesondere die weitere Stärkung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen, der weitere Ausbau der Infrastruktur sowie die Qualifizierung von Jugendlichen und Arbeitnehmern. Angesichts der überwiegend mittelständischen Unternehmensstruktur in den neuen Ländern ist die Förderung von Netzwerken ein entscheidendes Element im wirtschaftlichen Entwicklungsprozess.

Neuartige wettbewerbliche Fördermodelle, die weit über das unmittelbare finanzielle Engagement des Staates hinaus Motivation und Leistungsbereitschaft der beteiligten Unternehmen und Verwaltungen stimulieren, sind zu erproben und weiterzuentwickeln. Es geht dabei darum, vorhandene wirtschaftliche Potenziale durch eine stärkere Vernetzung von privaten und öffentlichen Innovationsaktivitäten besser zu nutzen. Ziel ist es regionale Kompetenzzentren zu entwickeln, die selbsttragende regionale Entwicklungsprozesse erzeugen. Mit dem InnoRegio-Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurden hier bereits wertvolle Erfahrungen gesammelt.

Die Förderpräferenzen für die neuen Länder müssen auch weiterhin bestehen bleiben. Bei der notwendigen differenzierten Förderung Ostdeutschlands hat die Bundesregierung neue Akzente gesetzt. Diese bedarf der ständigen Prüfung und

Optimierung. Es gilt, hierzu fähige Unternehmen schrittweise in den Markt zu entlassen und strukturellen Fehlentwicklungen durch eine Verfestigung von Fördermaßnahmen vorzubeugen.

Wegen der nach wie vor geringen Forschungspotenziale in der privaten Wirtschaft kommt auch in Zukunft der Pflege der universitären und außeruniversitären Forschungslandschaft eine besondere Bedeutung zu. Forschungspolitik ist ein unverzichtbarer, integraler Bestandteil regionaler Entwicklungskonzepte. Das öffentliche Engagement auf hohem Niveau bleibt deshalb weiterhin unverzichtbar.

Zu einer ehrlichen Bilanz des schwierigen Transformationsprozesses gehört gleichwohl die Tatsache, dass zehn Jahre nach der Wiederherstellung der staatlichen Vereinigung die innere Einheit Deutschlands nicht vollendet ist. Entscheidend dazu beigetragen hat, dass die vorhergehende Bundesregierung aus Unvermögen, Opportunismus und wahltaktischem Kalkül die Menschen in Ost und West auf die tiefgreifenden Konsequenzen des Scheiterns des Sozialismus und des schnellen Übergangs zu Demokratie und Marktwirtschaft getäuscht hat. Dies hat es den Deutschen in Ost und West schwerer als nötig gemacht, die deutsche Einheit uneingeschränkt als einen Glücksfall in unserer gemeinsamen Geschichte zu empfinden.

In den nächsten Jahren kommt es darauf an, das Erreichte zu sichern und es gleichzeitig mit neuen Ideen und Instrumenten auszubauen, um die Wegstrecke bis zur Verwirklichung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen des Bundesgebietes zu verkürzen. Die nach wie vor zu hohe Arbeitslosigkeit zu überwinden und hunderttausende neuer produktiver Arbeitsplätze zu schaffen, kommt dabei weiterhin vorrangige Bedeutung zu. Auch wenn dieses Ziel nicht kurzfristig zu verwirklichen ist, bleiben Staat und Tarifvertragsparteien aufgerufen, in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich für deutlich mehr Wachstum und Beschäftigung zu sorgen. Eine beschäftigungsfördernde Tarifpolitik sollte auch durch die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen erleichtert werden.

Treibräder der wirtschaftlichen Dynamik sind und bleiben kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere der innovative Mittelstand. Der konjunkturelle Aufschwung muss in den neuen Ländern für eine neue Existenzgründungswelle genutzt werden. Der Anteil Ostdeutschlands am privaten und öffentlichen Beteiligungskapitalmarkt ist überproportional zu erhöhen.

Zur Sicherung der finanzwirtschaftlichen Grundlagen der neuen Länder und ihrer Gemeinden, zur Finanzierung des infrastrukturellen Nachholbedarfs und zur weiteren Angleichung der Lebensverhältnisse ist die Fortsetzung des im Rahmen des föderalen Konsolidierungsprogramms von 1993 geschlossenen Solidarpakts zwischen Bund und Ländern über das Jahr 2004 hinaus zwingend erforderlich. Deshalb ist es zu begrüßen, dass alle Regierungschefs von Bund und Ländern am 15. Juli 2000 in Berlin einvernehmlich feststellten, dass der Aufbau Ost als gesamtstaatliche Aufgabe ein zentrales Element der solidarischen Finanzpolitik von Bund und Ländern bleibt. Damit sowohl für die neuen Länder und ihrer Gemeinden als auch für die langfristige Orientierung privater Investoren sichere Planungsgrundlagen geschaffen werden, sollte der Deutsche Bundestag die Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen einschließlich des Solidarpakts II noch in der laufenden Legislaturperiode beschließen.

Entscheidend wird es auch für Ostdeutschland darauf ankommen, den Initiativen der Bundesregierung zur Überwindung des innenpolitischen Reformstaus in Deutschland zum Erfolg zu verhelfen. Dadurch werden die Bedingungen für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung in Deutschland weiter verbessert. Davon werden die neuen Länder besonders profitieren. Die Menschen brauchen die Chancengleichheit, um ihren Leistungswillen und ihr Leistungsvermögen erfolgreich einbringen zu können.

Zehn Jahre nach der staatlichen Vereinigung ist die Demokratie auch in den neuen Ländern zur selbstverständlichen Grundlage des politischen Lebens geworden. Für die große Mehrheit der Menschen in Ostdeutschland gibt es dazu keine Alternative. Trotzdem sind Demokratieverdross, Ablehnung von Rechtsstaat und Gesellschaft gerade im Osten Deutschlands weit verbreitet, die Wahlergebnisse für Rechtsradikale und Neofaschisten sind dafür Alarmsignale. Wir sind sehr alarmiert über die hohe Zahl ausländerfeindlicher und anderer rechtsradikaler Übergriffe in Ostdeutschland. Dieser Terror ist menschenverachtend, unserem demokratischen Gemeinwesen abträglich und behindert die wirtschaftliche Entwicklung.

Die Auseinandersetzung mit und die Bekämpfung des Rechtsextremismus muss ein politischer Schwerpunkt sein. Für die Zukunft gilt es, das Vertrauen in die Demokratie zu stärken und die demokratische Substanz unserer Gesellschaft zu festigen. Die Förderung der Toleranz, die Achtung von Minderheiten und Stärkung ihrer Rechte sind weitere Leitziele unserer Politik. Es bezeichnet einen deutlichen politischen Klimawechsel, dass sich die rot-grüne Bundesregierung mit Nachdruck dieses Themas annimmt.

2. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung bei allen Initiativen, die der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West und dem Abbau der Arbeitslosigkeit sowie der Entwicklung zukunftsfähiger Wirtschaftsstrukturen, einer Bildungs- und Forschungslandschaft auf internationalem Niveau, einer intakten Infrastruktur und der Stärkung der demokratischen Kultur dienen. Dazu zählen insbesondere:

- noch in der 14. Legislaturperiode den Länderfinanzausgleich zu vereinbaren und den Solidarpakt II zu beschließen;
- das Wirtschaftspotenzial in den neuen Ländern durch die Konzentration der Mittel auf den Ausbau der Infrastrukturen, der Förderung von Innovationen, Investitionen sowie Bildung und Forschung weiter zu entwickeln;
- die zielgenaue Förderung regionaler Netzwerke und Kompetenzen zur Verbesserung der Chancen auf den Märkten der Zukunft;
- die Absatzförderung ostdeutscher Produkte und Leistungen fortzuführen;
- die Förderkulisse der Kredit- und Zuschussprogramme effizienter und übersichtlicher zu gestalten;
- den Strukturwandel zu nutzen, um ökologische Zukunftsbranchen zu entwickeln;
- die Unterstützung der strukturschwachen, grenznahen Regionen vor dem EU-Beitritt der osteuropäischen Nachbarstaaten; es gilt, in grenzüberschreitenden, gemeinsamen Regionalentwicklungskonzepten Kooperationen von Unternehmen, Verwaltungen und Bildungseinrichtungen zu fördern;
- Fortführung des JUMP-Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und des Sonderprogramms Lehrstellen Ost, um möglichst jedem Jugendlichen ein Berufsausbildungsverhältnis anzubieten;
- eine aktive Arbeitsmarktpolitik und die Entwicklung neuer Beschäftigungsmodelle, um damit den Arbeitsmarkt weiterhin zu entlasten;
- Maßnahmen zur Förderung von Mädchen und Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft;
- ein Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt – für die Umsetzung der Werte und Garantien unseres sozialen und demokratischen Rechtsstaates.

Berlin, den 26. September 2000

Dr. Peter Struck und Fraktion

Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion